

# Inhalt

## EINLEITUNG 7

### EIN GEBILDE AUS GLAS 11

*Brünings Sparpolitik 12 – Alternativen 15 – Die Reparationen 18 – Brünings Machtsystem 21 – Der Zeitgeist weht rechts 24 – Die NS-Bewegung 27 – Die Reichspräsidentenwahl 33 – Der Vormarsch der Nazis 40 – Die Hindenburg-Kamarilla 42 – Brünings Ende 44*

## EXKURS: GEWALT UND ERMÜDUNG 53

### HERR OHNE UNTERBAU 65

*Papen und sein Kabinett 66 – Hitler contra Schleicher 68 – Die Konferenz von Lausanne 69 – Wahlkampf 71 – Staatsstreich gegen Preußen 72 – Wahlen 81 – Die Nazis drängen an die Macht 85 – Potempa 88 – Ein trauriger Tag 90 – Sachpolitik 92 – Reichstagssitzung 95 – Papens Programm und Preußen-Urteil 98 – Erneuter Wahlkampf und Machtoptionen 101 – Links und rechts 103 – BVG-Streik und Wahlen 106 – Machtverlust und Sturz Papens 109*

### INTRIGUE GEGEN DEN INTRIGANTEN 117

*Kurt von Schleicher 118 – Gregor Straßer 120 – Papen kommt wieder ins Spiel 122 – Die Not der NSDAP und die Wahlen in Lippe 123 – Schlägerei im Reichstag 125 – Hitler, Papen und die Wirtschaft 126 – Schleichers Ende 128*

### FESTHALTEN 133

*Beginn und versuchte Zähmung der NS-Herrschaft 134 – Herrschaftssicherung 137 – Die Linke und die NS-Herrschaft 143 – Reichstagsbrand und Staatsterror 146 – Wahlkampf 151 – Ein knapper Sieg der Koalition 154 – Der Tag von Potsdam 157 – Hitlers erstes Kabinett 162 – Das Ermächtigungsgesetz 164 – Die Zustimmung der Bürgerlichen 168*

WIR BRAUCHEN WAHRHAFTIG NICHT  
UMZUFALLEN 171

*Die Entmachtung der Länder* 172 – *Konzentrationslager* 178 –  
*Judenboycott* 181 – *Der Erste Mai* 185 – *Verfolgung und*  
*Emigration* 190 – *Hitlers »Friedensrede«* 196 – *Das Ende der*  
*Parteien* 199

EXKURS: VON DER HEISSEN ZUR  
KALTEN GEWALT 207

EINE MASSLOSE PROPAGANDA 215

*»Revolution«* 216 – *Das Reichskonkordat* 218 – *Arbeitslosigkeit* 220 –  
*Autobahn* 224 – *Kulturpolitik* 225 – *»Wahlen«* 232

BIS AUF DAS ROHE FLEISCH 239

*Reichsreform* 240 – *Staat ohne Verfassung* 244 – *Betriebs-*  
*verfassung* 245 – *Außenpolitik* 248 – *Innere Debatten* 249 – *Krise im*  
*Frühjahr 1934* 254 – *Papens Marburger Rede* 257 – *NS-interne*  
*Fronten* 260 – *Der »Röhmputsch«* 262 – *Hindenburgs Tod* 270

SCHLUSSBETRACHTUNG 275

Dank 281

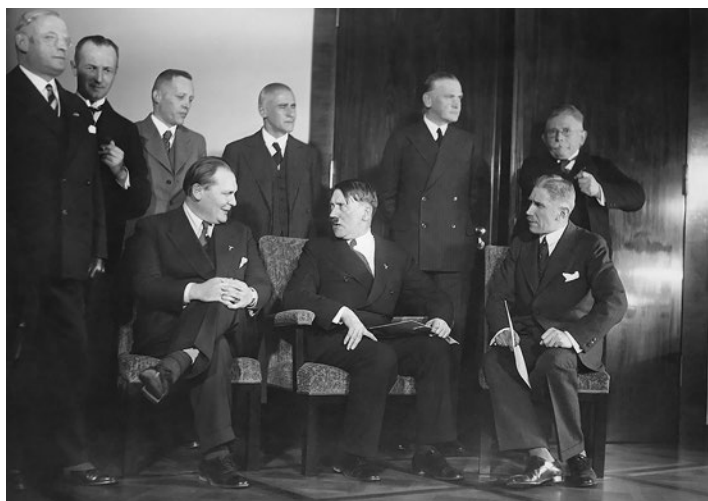
Literaturverzeichnis 282

Bildnachweis 291

Anmerkungen 292

Namenregister 314

## EINLEITUNG



1 DAS KABINETT HITLER,  
STEHEND VON LINKS: FRANZ SELDTE, GÜNTER GEREKE, JOHANN LUDWIG SCHWERIN VON  
KROSIGK, WILHELM FRICK, WERNER VON BLOMBERG, ALFRED HUGENBERG;  
SITZEND: HERMANN GÖRING, ADOLF HITLER UND FRANZ VON PAPEN

30. JANUAR 1933: Das neue Kabinett tritt zusammen. Kanzler Hitler fasst den sich nähernden Vizekanzler von Papen sanft am Arm und geleitet ihn zum Platz, an dem sich die Regierung für die Kameras präsentieren soll. Drei Stühle sind aufgereiht, die übrigen Kabinettsmitglieder stehen in zweiter Reihe. Hitler steuert, hinter Papen gehend, auf den mittleren Stuhl zu; er macht Anstalten sich zu setzen, bietet zugleich Papen den Platz zu seiner Linken an, zögert kurz, da sich Papen nicht setzt, nimmt dann aber doch seinen Platz ein. Irritiert blickt Hitler auf Papen, der beharrlich stehen bleibt. Hitler folgt Papens Blick, der über ihn hinweg den eintretenden Hugenberg ins Visier nimmt, den Chef der Koalitionspartei DNVP, den Vertreter der Nationalkonservativen. Hugenberg geht steifen Schritts und wortlos vor dem sitzenden Hitler vorbei und wird dann herzlich von Papen begrüßt. Hitler blickt wütend in Hugenbergs Richtung, während Papen lächelnd mit Hugenberg spricht, noch immer neben Hitler stehend. Hugenberg geht um Papen herum in die zweite Reihe, wo er sich (von ihm aus gesehen) links außen positioniert, schräg hinter Papen, der ihm kurz seinen eigenen Platz anbietet. Alles blickt zu Hugenberg, denn der Platz zur Rechten von Hitler war offenbar für ihn freigehalten worden. Weigert er sich, neben dem verabscheuten Rivalen Hitler zu sitzen? Statt seiner nimmt Göring dort jetzt Platz.

Zwei Dinge an diesem Filmdokument sind bemerkenswert. Beide betreffen das Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern NSDAP und DNVP. Zum Ersten die Feindseligkeit, die vor allem in Hitlers Blick auf Hugenberg und in dem Ignorieren Hitlers durch Hugenberg zutage tritt. Es wird zwischen den Partnern Probleme geben, signalisieren diese Szenen. Zum Zweiten die ungewöhnliche Tatsache, dass Göring statt Hugenberg in der ersten Reihe Platz nimmt, obwohl er nur ein Ministerium

ohne Portefeuille hat, dazu das preußische Innenministerium, während Hugenberg zwei Reichs- und zwei preußische Ressorts verantwortet und zudem Parteivorsitzender ist. Das Bild ist deshalb von tiefer Symbolkraft, weil die Nationalkonservativen um Papen und Hugenberg die Nazis, voran Hitler, »einrahmen«, das heißt durch ihr Übergewicht in der Regierung die NS-Vertreter neutralisieren wollen. Nicht einmal in der Aufstellung des Kabinetts für die Fotografen gelingt dies, so ließe sich die Szene deuten.

Zwar ist der 30. Januar unzweifelhaft ein wichtiges Datum. Doch beides, der »Blick« und der »Rahmen«, verdeutlichen symbolhaft: Die Entscheidung, wer wirklich die Macht hat, steht noch aus. Sind es die Nationalsozialisten mit dem Kanzleramt im Rücken oder die Nationalkonservativen mit der festen Absicht, Hitler bezähmen zu wollen? Anders gewendet: Bei der Frage, wie Hitler und die Nazis an die Macht kamen, ist die Zeit vor *und* nach dem besagten Datum von Interesse. Am 30. Januar war noch nichts entschieden. Das vorliegende Buch folgt dieser Tatsache und umspannt den Zeitraum von 1932 bis 1934. Es soll untersuchen, wie die sogenannte Machtergreifung vonstatten ging.

Geschichtsschreibung ohne Zäsuren ist undenkbar. Die Einteilung nach Epochen erfolgt mit Hilfe mehr oder minder scharfer Grenzen, auch wenn dies immer wieder zu Kritik im Einzelnen geführt hat, am prominentesten etwa bei den Epochencheiden Antike – Mittelalter und Mittelalter – Neuzeit. Aber letztlich bleibt es bei der Idee, dass Geschichte sich sinnvoll in Zeitabschnitte aufteilen lässt. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts kennt viele Zäsuren: 1914, 1918, 1933, 1939, 1945, 1949, 1968, 1989/90.

Bevorzugtes Modell von Darstellungen und Handbüchern ist die Begrenzung des präsentierten Zeitraums durch die Zäsu-

ren, also etwa eine Geschichte Weimars von 1918 bis 1933. Im vorliegenden Buch soll anders verfahren werden. Etliche Zeitgenossen sahen den 30. Januar 1933 nicht als derart einschneidend an, wie ihm dies rückblickend zugeschrieben wurde. War die Regierung Hitler nicht eine der vielen Kanzlerschaften der Weimarer Republik? Waren nicht die Nationalkonservativen dominierend gegenüber den Nationalsozialisten? War es demzufolge nicht lediglich eine Fortsetzung der autoritären Präsidialregime?

Erst der Verlauf der folgenden Monate, letztlich erst der Zeitraum bis zum Tod Hindenburgs, gaben Aufschluss über den Charakter des Einschnitts vom 30. Januar. Mit dem Tod des Reichspräsidenten ist der Endpunkt der vorliegenden Darstellung markiert. Scheinbar willkürlich setzt sie mit dem Jahresbeginn 1932 ein. Doch dieses – besonders turbulente – Jahr soll exemplarisch die Phase der Präsidialherrschaft ins Licht rücken, die bereits 1930 mit der Machtübernahme Brünnings begann.

## EIN GEBILDE AUS GLAS



2 HEINRICH BRÜNING, UM 1930

*In der jetzigen Wirtschaftskrise ist das zahlreiche Elend unverkäuflich geworden wie brasilianischer Kaffee oder kanadischer Weizen. Kaffee läßt sich ins Meer schütten, Weizen verbrennen. Was Elend anbelangt, so haben wir noch keinen Krieg, der beides besorgt. (Ernst Bloch)*

## Brünings Sparpolitik

AM 1. JANUAR 1932 blickt die *Vossische Zeitung* zurück auf ein »Jahr des Unheils« und bilanziert »Katastrophen und Verfall«.<sup>1</sup> Pflichtgemäß zeigt sich der Redakteur hoffnungsfroh für 1932. Doch das neue Jahr wird nicht besser werden, es wird noch zappeliger sein als 1931, noch bizarrer und wirrer. Die Republik wird in einen Strudel geraten, und die Deutschen werden in einer Depression versinken.

Ohne Hoffnung richten sie den Blick zur Wilhelmstraße 77 in Berlin, zur Reichskanzlei. Im Palais Schulenburg, einem schmucken Bau aus dem 18. Jahrhundert, regiert seit eindreiviertel Jahren Heinrich Brüning von der katholischen Zentrums-*partei*. Der Reichskanzler ist ein stiller, in sich gekehrter Mann, kein Schreihals, anders als jene Politiker, die mehr und mehr die Szene bestimmen; er gilt als »völlig unkorrupt« und »bemerkenswert selbstlos«.<sup>2</sup>

Ein Mann der Pflicht, der Arbeit, gewissenhaft, rechtschaffen, ein wenig ärmelschonerhaft, mit Biedersinn und »franziskanischen Tugenden«.<sup>3</sup> Sein glattes Gesicht strahlt eine dezente Neutralität aus mit einem Einschlag ins Bittere. Der Parteifreund Heinrich Köhler wird sich später erinnern: »Man sah



ihn mit der Mappe in der Hand, bald hier, bald dort erscheinend und ebenso rasch wieder verschwindend (...)«<sup>4</sup> Ein leiser Mann in einem lauten Reich.

Heinrich Brüning spult sein Programm ab. In der Außenpolitik will er, was alle Politiker wollen, von links bis rechts: Fesseln lockern. Fesseln, die der Versailler Vertrag dem Deutschen Reich nach dem verlorenen Krieg angelegt hat. Dazu gehören milliardenschwere Reparationszahlungen, die Deutschland an die Kriegsgegner entrichten soll. Brüning will sie streichen. Zugleich kämpft er um die militärische Gleichberechtigung Deutschlands; der Versailler Vertrag hat Deutschland eine strenge Abrüstung verordnet.

Seine Innenpolitik ist vor allem Finanzpolitik und die kennt drei Programmpunkte: sparen, sparen, sparen. Brüning handelt »wie ein Haushaltsexperte«.<sup>5</sup> Niedrige Preise und Löhne sollen Deutschland konkurrenzfähig machen, der Export soll so angekurbelt werden. Der Haushalt soll solide finanziert sein, Schulden gelten als unseriös, schädlich, als Gift, das den Staatskörper in die Fäulnis treibt. Sparen ist des Kanzlers Herzenssache. Für den neuen Anbau der Reichskanzlei, der 1930 fertiggestellt wird, erbittet er Möbelspenden von den deutschen Ländern. Er leidet, wie alle Deutschen, an einem Trauma: dem Trauma der Mega-Inflation von 1923, jenem Jahr, als selbst Billionenscheine nichts mehr wert waren. Nie wieder, so denkt Brüning über jenes Jahr. So denken die meisten Deutschen. Eigentlich.

Und doch stöhnen sie unter der Last. Die Regierung Brüning erhöht die Steuern und senkt die Sozialleistungen. Lohn- und Einkommensteuern steigen, Umsatz-, Kraftfahrzeug-, Zucker-, Tabak-, Biersteuern. Beim Erfinden neuer Steuern ist der Staat kreativ. Brüning führt Getränke- und Mineralwassersteuern ein, ja eine »Krisensteuer«, die die Not der Arbeitslosen lindern soll; hinzu kommen allerlei »Sonderabgaben«.

Reich, Länder und Gemeinden kürzen ihre Ausgaben, überall herrscht ein strenges Sparregiment. Seit Oktober 1931 dürfen überhaupt keine öffentlichen Gebäude mehr errichtet werden, dabei liegt die Baubranche ohnehin schon am Boden. Der öffentliche Dienst wird kleiner, Personal eingespart. Wer noch eine Stelle hat, muss empfindliche Kürzungen hinnehmen. Die Deutschen machen es wie der Staat, geben kein Geld mehr aus, dies drückt die Konjunktur weiter, immer mehr Menschen werden entlassen.

Brüning ist nicht schuld an der Wirtschaftskrise, die seit 1929 die Volkswirtschaften rund um den Globus erschüttert. Aber seine Politik federt nicht ab. Sie stimuliert nicht. Sie verstärkt die Krise, ist »prozyklisch«, wie die Ökonomen sagen. Ein böses Wort geht um in Deutschland: »Hungerkanzler«. Wenn Brüning im Reichstag den »lähmenden Pessimismus« beklagt,<sup>6</sup> muss dies vielen wie Hohn erscheinen. Deutschland ist das schwächste Glied in der großen weltweiten Krise, wie schon Zeitgenossen wissen.<sup>7</sup> Die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich explodiert zwischen 1928 und 1932 von 1,4 auf 5,6 Millionen. Das Bruttosozialprodukt sinkt im gleichen Zeitraum von 88,6 Milliarden auf 55,9 Milliarden Reichsmark. Die Investitionen sacken um fast zwei Drittel ab.<sup>8</sup>

Keine zehn Jahre nach der Hyper-Inflation erleben die Deutschen eine Hyper-Deflation. Es fühlt sich ganz ähnlich an: Hunger, keine Perspektive. Konnte man sich 1923 für Unmengen Geld nichts kaufen, fehlt es nun überall an Barem. »Heute ist die Ware nichts, das Geld ist alles«, schreibt die *Vossische Zeitung* im April 1932: »Es gibt nur noch ein Gesetz: verkaufen.«<sup>9</sup> Der Schriftsteller Hermann Kesten streift durch den Wedding, das Berliner Arbeiterviertel: »Der Straßenhandel ist ungeheuer. Man kann Pfeffer auf der Straße kaufen, Würste, Arbeitslose, Orangen, Krawatten.«<sup>10</sup> Dem amerikanischen Journalisten Hu-

bert R. Knickerbocker fällt auf, dass sich die Berliner nicht mal mehr ihr Bier in der Kneipe leisten können.<sup>11</sup>

## Alternativen

Soll Brüning Geld ausgeben, Schulden machen? Der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt vertritt die These, Brüning habe keine Wahl gehabt: Auslandskredite waren nicht zu haben, eine innere Geldschöpfung nicht denkbar, hinzu kam die Inflationsfurcht – kurz: Brünings Handlungsspielräume seien viel enger gewesen als dies im Nachhinein postuliert wird. Tatsächlich mag ein heutiger »rückwärtsgewandter Problemlösungsoptimismus«<sup>12</sup> (Borchardt) rechthaberisch klingen.

Aber bereits viele Zeitgenossen entwickeln Alternativen. Die Theorien dazu sind da, es sind frische, junge, ungewohnte Ideen. Erst 1930 hat der geniale britische Ökonom John Maynard Keynes sein Werk *A Treatise on Money* publiziert. Keynes warnt: Wird mehr gespart als investiert, kommt die Rezession. Auch bis Deutschland ist die Botschaft gedrungen, und einzelne Stimmen außerhalb des Chors der Sparwütigen fordern das Ende der Deflationspolitik. Volkswirte, vor allem die jüngeren, Gewerkschafter, ja ein Teil der Industrie<sup>13</sup> wollen die Wende. Allein bei den zuständigen Reichsstellen gehen in dieser Zeit tausende Vorschläge ein, die eine Kreditexpansion empfehlen.<sup>14</sup>

Sogar Brüning trifft sich Anfang 1932 mit Keynes – ohne Folgen.<sup>15</sup> Das Gros der Volkswirtschaftler hängt der orthodoxen Idee an, dass privates Sparen Raum für Investitionen schafft. Dagegen schlägt der linksliberale Publizist Leopold Schwarzschild im Juni 1931 in einem fein ausgeklügelten Programm unter anderem eine Kreditausweitung in Höhe von acht Prozent des Bruttonationaleinkommens vor. Die Produktion von

Konsumgütern soll angeregt, die Kaufkraft gesteigert werden. Die Mark wäre von der Bindung an das Gold gelöst worden, die zu erwartende Abwertung der heimischen Währung hätte den Export ankurbeln sollen. Den Artikel überschreibt Schwarzschild mit: »Die Notverordnung, die nicht kam«. <sup>16</sup> Schwarzschild ist kein ökonomischer Laie. Er entstammt einer Händlerfamilie und hat Volkswirtschaft, Geschichte und Soziologie studiert.

Eine publizistische Offensive gegen die Deflationspolitik startet auch der Politiker und Gewerkschafter Anton Erkelenz, ein zur Sozialdemokratie konvertierter (Links-)Liberaler. Erkelenz geißelt den »Wahn der Deflation« als »Weg der Kurzsichtigkeit«. <sup>17</sup> Das »Übel eines stark steigenden Geldwertes« sei nicht geringer als »die Pest eines sinkenden Geldwertes«, so versucht er in einem Artikel Deflation und Inflation als gleich große Gefahren darzustellen. Erkelenz gehört zur kleinen Schar derer, die die Schriften Keynes' kennen. »Ein solcher sinnloser Kapitalismus gräbt sich sein eigenes Grab«, schreibt er im Dezember 1931 an einen Bekannten. <sup>18</sup>

Sogar in Brüning's Regierung sitzen halbe Keynesianer. Einer von ihnen ist Hans Warmbold, einst Vorstand des Chemie-giganten I.G.Farben, bevor er im Oktober 1931 Wirtschaftsminister wurde. Warmbold warnt, mahnt, orakelt: wenigstens etwas mehr Ausgaben, eine milde Drosselung des Sparwahns. Er schlägt eine Kreditschöpfung von zwei Milliarden Reichsmark vor, ein sehr bescheidenes Unterfangen, nach heutiger Kaufkraft rund acht Milliarden Euro.

Er wird nicht gehört. Als am 8. Dezember 1931 per Verordnung nochmals Gehälter gekürzt und Preise gesenkt werden sollen, verweigert Warmbold die Unterschrift. Auch dies vergebens. Dabei steht Warmbold keineswegs allein im Kabinett. Auch Finanzminister Hermann Dietrich und Arbeitsminister Adam Stegerwald zeigen sich zunehmend entsetzt von der Ab-

wärtsspirale.<sup>19</sup> 1931 hat Wilhelm Lautenbach, Referent im Wirtschaftsministerium eine milliardenschwere Kreditexpansion vorgeschlagen.

Anfang 1932 empfiehlt Ernst Wagemann, ein Schwager Warmbolds und Chef des Reichsstatistikamts, eine partielle Aufhebung der Golddeckung, um Mittel für eine Konjunkturanhebung zu schaffen.<sup>20</sup> Der Wirtschaftsexperte Wladimir Woytinsky entwickelt gemeinsam mit den Gewerkschaftern Fritz Tarnow und Fritz Baade im April 1932 für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) unter dem Rubrum eines »Arbeitsbeschaffungsprogramms« den Plan für eine expansive Wirtschaftspolitik.<sup>21</sup> Öffentliche und die Förderung privater Aufträge sollen aus der Krise führen. Es ist ein Gewitter an Vorschlägen und Gutachten. Sie alle dringen nicht durch. Ende April tritt der enttäuschte Warmbold zurück, nach knapp sieben Monaten im Amt.

Brüning ist bei weitem nicht der schärfste Falke. Mehr noch fährt Reichsbankpräsident Hans Luther einen Kurs der knappen Kassen. Selbst Brüning klagt in seinen Memoiren, dass eine bescheidene zusätzliche Finanzierung am Widerstand Luthers gescheitert sei.<sup>22</sup> Der studierte Jurist Luther hat sich zum Finanzexperten gebildet, ist aber auch ein politischer Kopf, der der rechtsliberalen DVP nahesteht. Der gebürtige Rheinländer war 1925/26 für sechzehn turbulente Monate Reichskanzler einer bürgerlichen Koalition, die von den Linksliberalen bis zu den Rechtsnationalisten reichte.

Prägender freilich ist eine andere Erfahrung: Während der Spätphase der Inflation 1923 war Luther Finanzminister und damit einer der Akteure, die die neue stabile Rentenmark schufen. Solidität und Sparwille waren Trumpf in jenen Monaten. Noch in einem Filmdokument von 1958 vertritt Luther die Auffassung, es sei ein Gesetz im Wirtschaftsleben, dass weder ein

Privatmann noch ein Staat mehr ausgeben könne als einnehmen. Das ist das Dogma der »schwäbischen Hausfrau«, entsprungen dem Inflationstrauma. Nun wird es in der Deflationsära angewandt. Hans Luther ist einer der bestgehassten Männer in Deutschland. Im April 1932 wird wegen seiner Geldpolitik ein Attentat auf ihn verübt; Luther übersteht es leicht verletzt.

Zweifelt der Kanzler nicht selbst bisweilen? Tatsächlich war er vorübergehend weich geworden, im Mai 1931. Man könne die Schrumpfung »nur bis zu einem gewissen Grade« treiben, hatte er im Kabinett gesagt.<sup>23</sup> Aber dann siegt doch sein westfälischer Eisenschädel. Durchhalten, sich durchbeißen. Es gehöre zu den »Eigenheiten« der Deutschen, »kurz vor der Erreichung des Zieles den Mut zu verlieren und zusammenzuklappen«, so serviert er im März 1932 Hans Schäffer ab, den zweifelnden Finanzstaatssekretär. Freilich, ein wenig verstößt Brüning selbst gegen die von ihm verfolgte »reine Lehre«: mit der Gründung der *Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG* schafft die Regierung eine Organisation, die mit sogenannten *Öffa-Wechseln* öffentliche Aufträge per Kredit finanziert. Es ist eine Prise Keynes in der ansonsten orthodoxen Wirtschaftspolitik.